

## Politik-Update Gemeinnützigkeit 13.3.2023

Ein Überblick über Meldungen und Ereignisse der vergangenen Wochen zum Gemeinnützigkeitsrecht, insbesondere bezüglich politischer Mitgestaltung.

ZiviZ-Survey: Fünf Prozent der Vereine unterlassen politische Beteiligung wegen Sorge um Gemeinnützigkeit.....	1
Parteistiftungs-Gesetz als Chance für Gemeinnützigkeit.....	2
Rechtsstaatlichkeit: Kein Fortschritt in Deutschland.....	2
Sachverstand der Zivilgesellschaft zu selten genutzt.....	2
8.2.: Fachgespräch zu Rechts- und Finanzierungsfragen.....	3
16.3.: Erste Lesung Demokratiefördergesetz im Bundestag.....	3
Hybride Mitgliederversammlung ohne Satzungsänderung.....	3
Kontakt.....	4

### ZiviZ-Survey: Fünf Prozent der Vereine unterlassen politische Beteiligung wegen Sorge um Gemeinnützigkeit

Immer wieder fragen Politiker:innen und Journalist:innen: Wer ist denn außer Attac, Campact, DemoZ, VVN-BdA und Inn.it (ehemals Change.org) noch von fehlenden Zwecken und Klarstellungen zu politischen Tätigkeiten im Gemeinnützigkeitsrecht betroffen? Die Antwort hat nun der repräsentative ZiviZ-Survey gegeben: Jeder 20. Verein unterlässt politische Einmischung (auch für konkrete eigene Zwecke) aus Sorge um den Status der Gemeinnützigkeit. Tag für Tag unterbleibt wichtiges Engagement für Demokratie, Menschenrechte und Rechtsstaatlichkeit. **Insgesamt geben fünf Prozent der befragten Organisationen an, sich aus Sorge um ihren Gemeinnützigkeitsstatus nicht intensiver politisch zu engagieren.** Bei einem von ZiviZ erhobenen Stand von 656.888 zivilgesellschaftlichen Organisationen in Deutschland bedeutet das: 30.000 Vereine mischen sich nicht für Demokratie ein, obwohl sie es wollen. Besonders stark ist die Sorge in den Engagementfeldern Umwelt (elf Prozent) und internationale Solidarität (zehn Prozent). Im Kulturbereich sind es fünf Prozent, bei Sport und Katastrophenschutz immer noch vier Prozent.

Der Thinktank "Zivilgesellschaft in Zahlen" (ZiviZ) im Stifterverband hat am 7. März 2023 Trendergebnisse des ZiviZ-Survey 2023 vorgestellt. Der ZiviZ-Survey ist eine repräsentative Befragung der organisierten Zivilgesellschaft und erfasst seit 2012 in regelmäßigen Abständen Strukturmerkmale und Entwicklungen. Zur Befragung gehörte ein Themenschwerpunkt "Zivilgesellschaft in der Demokratie". Zu den von ZiviZ festgestellten Trends der vergangenen Jahre gehört, dass sich zivilgesellschaftliche Organisationen immer häufiger als Impulsgeberinnen für sozialen Wandel oder auch als Akteurinnen der politischen Willensbildung verstehen. Sie möchten mit ihren Aktivitäten und Angeboten Gesellschaft und Politik mitgestalten. Der Großteil der zivilgesellschaftlichen Organisationen in Deutschland engagiert sich für Demokratieförderung. Viele fördern damit auch politische Beteiligung. Sich in politische Prozesse einzubringen, in der Regel in Verfolgung ihrer gemeinnützigen Zwecke, oft durch direkten Austausch mit Politiker:innen, ist für sehr viele der Organisationen Teil ihrer normalen Arbeit.

Doch 30.000 Vereine unterlassen dies, weil sie Sorge um ihre Gemeinnützigkeit haben. Das ist alarmierend. Wer Demokratiebildung und darüber hinaus Engagement für Rechtsstaatlichkeit will, muss handeln. SPD, Grüne und FDP haben dazu im Koalitionsvertrag Sofortmaßnahmen vereinbart.

- Informationen zum ZiviZ-Survey: <http://www.ziviz.de/ziviz-survey>
- ZiviZ-Befund - politische Aktivitäten im Rahmen der Gemeinnützigkeit, Verunsicherung besteht: [https://www.ziviz.de/sites/ziv/files/ziviz-survey\\_2023\\_trendbericht.pdf#page=25](https://www.ziviz.de/sites/ziv/files/ziviz-survey_2023_trendbericht.pdf#page=25)

- Unsere Pressemitteilung dazu: <https://www.zivilgesellschaft-ist-gemeinnuetzig.de/30000-vereine-verstummen-wegen-zu-engem-gemeinnuetzigkeitsrecht-ziviz>
- Was die Ampel-Koalition vereinbart hat: <https://www.zivilgesellschaft-ist-gemeinnuetzig.de/ampel-koalitionsvertrag-2021-gemeinnuetzigkeit-zivilgesellschaft/>

## **Parteistiftungs-Gesetz als Chance für Gemeinnützigkeit**

Das Bundesverfassungsgericht hat am 23. Februar 2023 entschieden, dass die staatliche Finanzierung der parteinahen Stiftungen (tatsächlich meist Vereine) so nicht rechtmäßig ist. Nun muss der Bundestag ein Gesetz dazu erarbeiten, wie es einige zivilgesellschaftliche Organisationen seit Jahren fordern. Dieses Gesetz könnte eine Chance für die Modernisierung der Gemeinnützigkeit sein, weil die anderen politisch bildenden und wirkenden Vereine und Stiftungen von dem Verdacht entlastet werden, letztlich eine Partei fördern zu wollen. Siehe dazu unsere Pressemitteilung: <https://www.zivilgesellschaft-ist-gemeinnuetzig.de/parteinah-stiftungen-modernisierung-gemeinnuetzigkeit/>

## **Rechtsstaatlichkeit: Kein Fortschritt in Deutschland**

Der am 21. Februar 2023 veröffentlichte Liberties Rule of Law Report 2023 bescheinigt Deutschland "keinen Fortschritt" – weder im Gesamtbild (State of play) noch bei den Rahmenbedingungen für zivilgesellschaftliches Engagement (Enabling framework for civil society). Einzig das Demokratiefördergesetz wird gelobt, es könne eine bedeutende Verbesserung für die Rahmenbedingungen zivilgesellschaftlichen Engagements bringen. Den Beitrag zum Gemeinnützigkeitsrecht hat das Allianz-Mitglied Gesellschaft für Freiheitsrechte (GFF) eingereicht und moniert darin zurecht, dass es im vergangenen Jahr keine politischen Impulse für eine Reform gäbe.

Weitere Infos: <https://www.zivilgesellschaft-ist-gemeinnuetzig.de/liberties-rule-of-law-report-2023-in-deutschland-kein-fortschritt/>

## **Sachverstand der Zivilgesellschaft zu selten genutzt**

Nur 14 Prozent der Sachverständigen in von der Bundesregierung berufenen Expert\*innen-Gremien stammen aus der Zivilgesellschaft. Doppelt so viele kommen dagegen aus der Wirtschaft. Bei den Sachverständigen aus zivilgesellschaftlichen Organisationen dominieren Großorganisationen und einzelne Subsektoren. Zu diesem Ergebnis kommen Dr. Siri Hummel und Laura Pfrter (beide Maecenata Institut) in ihrer Studie "Gut beraten? Zur Rolle der Zivilgesellschaft in Sachverständigengremien", die die Otto-Brenner-Stiftung vergangene Woche veröffentlicht hat.

<https://www.otto-brenner-stiftung.de/zivilgesellschaft-in-sachverstaendigengremien/>

## **8.2.: Fachgespräch zu Rechts- und Finanzierungsfragen**

Der Bundestags-Unterausschuss für Bürgerschaftliches Engagement lud am 8. Februar 2023 zu einem Fachgespräch über "Rechts- und Finanzierungsfragen im bürgerschaftlichen Engagement" ein. Der Ausschuss schaut in diesem Jahr vor allem auf die zu erarbeitende Engagement-Strategie des Bundes und welche verschiedenen Aspekte da angefasst werden müssen. Als Sachverständige geladen waren je zwei Vertreter:innen von Justiz- und Finanzministerium; für die Zivilgesellschaft nur eine Person, Jan Wenzel vom Bündnis für Gemeinnützigkeit.

Das Gespräch zeigte, welche vielen verschiedenen rechtlichen Regelungen das bürgerschaftliche Engagement beeinflussen, manchmal beschweren; und zeigte auch, dass ein Gesamtblick fehlt. Das Finanzministerium kündigte bei dem Treffen lediglich an, dass der Koalitionsvertrag abgearbeitet werde. Es entsandte die fachlich zuständigen Personen, aber niemanden aus der Leitungsebene. Zu erwarten gewesen wäre wenigstens der neue Leiter der Steuer-Abteilung, Nils Weith, ein FDP-Mann.

Die zwei Stunden sind hier nachzusehen:

<https://www.bundestag.de/dokumente/textarchiv/2023/kw06-pa-engagement-10-sitzung-932604>

## **16.3.: Erste Lesung Demokratiefördergesetz im Bundestag**

Voraussichtlich diesen Donnerstag (16. März), 15 Uhr, wird der Regierungsentwurf für ein Demokratiefördergesetz in erster Lesung im Bundestag behandelt. Der Bundesrat hatte am 10. Februar seine Stellungnahme zum Demokratiefördergesetz abgegeben, das die Bundesregierung am 14. Dezember 2022 als Regierungsentwurf beschlossen hatte.

Der Bundesrat forderte vor allem, dass die Länder beteiligt werden, wenn später Förderrichtlinien erarbeitet werden, und dass auch Länder Geld aus den Programmen erhalten können, etwa deren Schulen oder Landeszentralen für politische Bildung. Einzelne Länder hatten umfassende Erweiterungen der Fördertatbestände eingebracht, etwa "Gleichberechtigung und Solidarität" oder "Stärkung und Förderung des Einsatzes für innerstaatlich und international verankerte Grund- und Menschenrechte" oder Einsatz gegen Diskriminierung. Im Beschluss übrig geblieben ist nur, "Kultur" durch die Wörter "Kultur und Teilhabe" zu ersetzen.

Bundestags-Infos und Gesetzesentwurf:

<https://www.bundestag.de/dokumente/textarchiv/2023/kw11-de-demokratiefoerdergesetz-936484>

Weitere Informationen, unsere Stellungnahme und Infos zu weiteren Stellungnahmen:

<https://www.zivilgesellschaft-ist-gemeinnuetzig.de/demokratiefoerdergesetz-geht-in-enderunde/>

## **Hybride Mitgliederversammlung ohne Satzungsänderung**

Der Bundesrat hat am 3. März zugestimmt, am 9. Februar hatte der Bundestag eine Änderung des Vereinsrechts im BGB (Bürgerliches Gesetzbuch) beschlossen. Bald können Vereine Versammlungen wieder digital abhalten, ohne dafür ihre Satzung ändern zu müssen. Das war bis August 2022 durch eine Corona-Sonderregelung bereits möglich. Nun hat der Bundestag in §32 des BGB einen neuen Absatz eingefügt. Es gilt ab Inkrafttreten in den nächsten Tagen.

Mehr dazu hier: <https://www.zivilgesellschaft-ist-gemeinnuetzig.de/digitale-mitgliederversammlung-ohne-satzungsaenderung-moeglich/>

## Kontakt

Die Allianz "Rechtssicherheit für politische Willensbildung" ist ein Zusammenschluss von knapp 200 Vereinen und Stiftungen, u.a. Amadeu Antonio Stiftung, Amnesty International, Brot für die Welt, Oxfam, Schöpflin Stiftung und Terre des Hommes. Wir sind selbst ein gemeinnütziger Verein.

Infos: [www.zivilgesellschaft-ist-gemeinnuetzig.de](http://www.zivilgesellschaft-ist-gemeinnuetzig.de)

Kontakt: [info@zivilgesellschaft-ist-gemeinnuetzig.de](mailto:info@zivilgesellschaft-ist-gemeinnuetzig.de)  
Telefon 06421/620122

Lobbyregister: Wir sind als Interessenvertreterin im Lobbyregister beim Deutschen Bundestag unter der Nummer R002707 registriert:  
[www.lobbyregister.bundestag.de/suche/R002707](http://www.lobbyregister.bundestag.de/suche/R002707)

Twitter: <https://twitter.com/AllianzPolitWil>

Mastodon: [https://bewegung.social/@Allianz\\_Polit\\_Willensbildung](https://bewegung.social/@Allianz_Polit_Willensbildung)